

tausch beschränkten, herrschte in weiten Teilen Übereinstimmung.

Nachdem die in den 90er Jahren sich gut entwickelten bilateralen Beziehungen durch die Terroranschläge vom 11. September und die damit einhergehende stärkere Kooperation zwischen den USA mit Russland sowie den USA mit China einen Einschnitt erfahren hatten, steht die sino-russische strategische Partnerschaft nun wieder im Vordergrund. China und Russland, die beide das Hegemonialstreben der USA verurteilen und auf eine Stärkung der Vereinten Nationen pochen, setzen für 2004 auf eine weitere Festigung ihrer Beziehungen. Obwohl es vor allem bezüglich Zentralasien Meinungsverschiedenheiten zu klären gibt, kann durch die Nichtexistenz eines offenen Konflikts von einer erfolgreichen Partnerschaft gesprochen werden. Zahlreiche für dieses Jahr anberaumte chinesisch-russische Treffen, von denen der Besuch des russischen Präsidenten in China sowie der des chinesischen Ministerpräsidenten in Russland die Höhepunkte bilden werden, sollen diese strategische Kooperation weiter stärken. (XNA, 15., 26.3.04; ITAR-TASS, 15., 17., 26.3.04, nach BBC PF 15., 17., 26.3.04; ST, 16.3.04; RIA, 16., 24.3.04, nach BBC PF, 16., 24.3.04; Xinhua, 16.3.04, nach BBC PF, 16.3.04) -cam/eva-

schaflichem und technischem Gebiet bekräftigt sowie der Bau einer Eisenbahnstrecke im gemeinsamen Grenzgebiet beschlossen. (TV Myanmar, 28.3.04, nach BBC PF, 28.3.04; XNA, 24.3.04; *The Myanmar Times*, 29.3.04, nach BBC EF, 29.3.04)

Chinas Beziehungen zu Myanmar sind sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene gut entwickelt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich der bilaterale Handel verdoppelt, wodurch China zu Myanmars drittgrößtem Handelspartner aufstieg. (*The Myanmar Times*, 29.3.04, nach BBC EF, 29.3.04) Unterdessen steht Myanmars Militärregierung weiter unter internationalem Druck. Die Sanktionen des Westens, die nach der erneuten Festnahme Aung San Suu Kyis und weiterer Oppositionspolitiker Ende Mai 2003 verhängt worden waren, wurden von China erneut verurteilt. (Reuters, 25.3.04)

Die Visite Wus in Myanmar fand im Rahmen einer Vier-Staaten-Tour durch Südostasien statt, bei der die Vizeministerpräsidentin zuvor Laos und Kambodscha und im Anschluss die Malediven besucht hatte. (XNA, 24.3.04) -cam-

Innenpolitik

6 Chinas Beziehungen zu Myanmar gestärkt

Eine 40-köpfige chinesische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung der stellvertretenden Ministerpräsidentin Wu Yi, die für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständig ist, hat zwischen dem 23. und 27. März Myanmar besucht. Nach Gesprächen zwischen Wu und dem Premierminister von Myanmar, General Khin Nyunt, wurden insgesamt 21 Abkommen im wirtschaftlichen Bereich unterzeichnet. Beijing wird Rangun demnach weiterhin finanziell bei diversen Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekten unterstützen, so beispielsweise durch die Gewährung von Darlehen für ein Wasserkraftprojekt und die Ausweitung des Telekommunikationsnetzes. In verschiedenen Absichtserklärungen wurde die erwünschte Verstärkung von Kooperationen auf wirt-

7 Militärarzt fordert Neubewertung der Protestbewegung von 1989

Knapp drei Monate vor dem 15. Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 hat der pensionierte Militärarzt Jiang Yanyong die parteistaatliche Führung zur Neubewertung der damaligen Ereignisse aufgerufen. Der 72-jährige Chirurg, der seit 50 Jahren Mitglied der KPCh und Angehöriger der Volksbefreiungsarmee ist, fordert in einem Brief die Korrektur des „Fehlers, der am 4. Juni begangen wurde“. Zudem solle die Bewegung, die früher als „konterrevolutionäre Rebellion“ und heute noch als „politische Unruhe“ bezeichnet wird, als „patriotisch“ eingestuft werden.

Der auf den 24. Februar datierte Brief ist an den Vorsitzenden und stellver-

tretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, an das Politbüro sowie den Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter gerichtet. Nach Angaben des *Wall Street Journal* habe Jiang das Schreiben zunächst an sympathisierende Parteimitglieder geschickt. Später tauchte es dann auf einer Hongkonger Internetseite auf und sorgte in der ersten Märzhälfte zeitgleich mit der Sitzung des Nationalen Volkskongresses für internationale Aufmerksamkeit.

Jiang Yanyong hatte bereits im vorigen Jahr durch einen Brief von sich Reden gemacht. Nachdem die Zentralregierung das Ausmaß der Verbreitung der Lungenseuche SARS wochenlang vertuscht hatte, enthüllte der Militärarzt im April letzten Jahres in einem Schreiben die wahre Anzahl der SARS-Erkrankungen in den Militärhospitälern der Hauptstadt. Diesen Offenbarungen des Chirurgen schrieben es viele Kommentatoren zu, dass die Regierung schließlich einlenkte, den Gesundheitsminister Zhang Wenkang und den Beijinger Bürgermeister Meng Xuenong entließ und fortan eine transparentere Informationspolitik hinsichtlich der Epidemie verfolgte (siehe C.a., 2003/4, Ü 10). Jiang avancierte daraufhin zum Volkshelden, dessen mutiges Vorgehen selbst einige Staatsmedien priesen.

Mit seinem jüngsten Schreiben an die parteistaatliche Führung beabsichtigt der Arzt nun, die Debatte über die offizielle Beurteilung der Ereignisse von 1989 erneut anzustoßen. Jiang beschreibt die studentischen Demonstranten in seinem Brief als Patrioten, die gegen korrupte Regierungsvertreter protestierten. Er beschuldigt eine kleine Minderheit von Spitzenfunktionären die blutige Niederschlagung angeordnet zu haben, um eigennützige Interessen zu wahren. Des Weiteren schildert der Chirurg seine eigenen Erlebnisse in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989, in der er Dutzende in sein Krankenhaus eingelieferte Opfer mit Schusswunden versorgt hatte.

Zur Legitimation seiner eigenen Position verweist Jiang im darauf folgenden Abschnitt des Briefs auf seine Begegnung mit dem damaligen Staats-

präsidenten Yang Shangkun im Jahre 1998. Bei dieser Unterredung habe Yang den 4. Juni als den „historisch schwersten Fehler“ der KPCh bezeichnet. Viele „alte Genossen“ seien dieser Ansicht, schreibt Jiang. Auch der damals mächtige Parteiveteran Chen Yun habe sich später von dem Militäreinsatz distanziert.

Mindestens mehrere hundert Studenten hatten ihr Leben verloren, als Soldaten der Volksbefreiungsarmee in der Nacht zum 4. Juni 1989 von den Vorrücken aus ins Zentrum der Hauptstadt vorrückten und die Protestaktionen mit Waffengewalt zerschlugen. Die Anzahl der Todesopfer gab die Regierung nie bekannt und verbot jede öffentliche Diskussion über das Thema. Familienangehörige der Opfer, wie die so genannten „Tian'anmen-Mütter“ mit ihrer Wortführerin Ding Zilin, die sich für eine Rehabilitierung der Demonstranten einsetzen, sehen sich bis heute Schikanen der Behörden ausgesetzt. Auch gegenwärtig befinden sich noch an den damaligen Protesten beteiligte Dissidenten sowie Aktivisten in Haft, die sich vehement für eine Neubewertung der Protestbewegung eingesetzt haben.

Bisher ist unklar, ob die parteistaatliche Führung nun auch gegen den Militärarzt vorgeht. Mitte des Monats meldete das *Wall Street Journal*, dass Jiang aufgehört habe, Journalisten Interviews zu geben. Einige Beobachter sind jedoch der Meinung, dass die Behörden vorsichtig mit dem Arzt umgehen werden, da dieser als langjähriges Parteimitglied und alt gedienter Arzt der Volksbefreiungsarmee unwiderlegbare Referenzen als Patriot vorzuweisen habe. Außerdem laufe die neue Führungselite mit einem harten Vorgehen Gefahr, ihr sorgsam aufgebautes Image, für mehr Offenheit und Transparenz einzutreten, aufs Spiel zu setzen und nicht besser als ihre Vorgänger dazustehen, so Kommentatoren. Ein Wiederaufleben der Debatte über die damaligen Ereignisse scheint die Zentralregierung allerdings verhindern zu wollen. Zwei Internetseiten, so genannte „Blogs“, auf denen Nutzer in privaten Tagebüchern ihre Meinung zum Brief des Militärarztes äußerten, seien bereits von den Behörden geschlossen worden (vgl. Übersicht zur verstärkten Internetüberwachung in dieser Rubrik).

Eine Revision des offiziellen Urteils ist trotz des prominenten Fürsprechers in Gestalt des Militärarztes Jiang Yanyong gegenwärtig unwahrscheinlich. Zwar ist die so genannte „vierte Generation“ chinesischer Führer, die seit nun über einem Jahr im Amt ist, zum größten Teil nicht persönlich in die Ereignisse des Jahres 1989 verwickelt gewesen; allerdings sind viele ihrer Vorgänger immer noch politisch einflussreich – nicht zuletzt durch die von ihnen in hohe Partei- und Regierungssämter eingesetzten Gefolgsleute. Dazu gehört beispielsweise der damalige Ministerpräsident Li Peng, der zu jener Zeit den Ausnahmezustand in Beijing verkündet hatte. Auch die derzeitigen Ereignisse auf Taiwan, wo diesen Monat eine Präsidentschaftswahl stattfand, und in der Sonderverwaltungsregion Hongkong, deren Demokratisierungsbewegung die Zentralregierung zu unterdrücken sucht, sprechen gegen die Bereitschaft zu einer offiziellen Diskussion über eine Neubewertung zum jetzigen Zeitpunkt (vgl. entsprechende Übersichten in den jeweiligen Rubriken in diesem Heft).

Trotz allem hat sich die Haltung der Führungselite gegenüber den damaligen Forderungen der protestierenden Studenten von 1989 in den vergangenen 15 Jahren geändert. Einige ihrer Anliegen hat die Zentralregierung inzwischen umgesetzt. Beispielsweise wurden mittlerweile die ehemals strengen Regelungen zum Arbeitsplatz und Wohnort sowie die Heiratsauflagen gelockert. Zudem hat die neue Führung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao seit ihrem Amtsantritt gezeigt, dass sie sich mehr um die Belange einfacher Bürger kümmert als die Vorgängerregierung. Einige Kommentatoren sind sogar der Ansicht, dass viele der heutigen Spitzenpolitiker privat mit den studentischen Demonstranten von 1989 sympathisieren. Wen Jiabao beispielsweise war 1989 Sekretär des damaligen Generalsekretärs der KPCh Zhao Ziyang, der sich dafür eingesetzt hatte, den Anliegen der Studenten durch beschleunigte politische Reformen entgegenzukommen. Zhao und viele seiner Anhänger wurden nach den Ereignissen von 1989 entmachtet. Während der ehemalige Parteichef seither unter Hausarrest steht, konn-

te Wen Jiabao den Säuberungen allerdings entgehen.

Nichtsdestotrotz bedient sich der heutige Ministerpräsident Wen Jiabao noch derselben politischen Rhetorik, die die Regierung schon vor 15 Jahren zur Rechtfertigung ihres Handelns hervorgebracht hatte – wenn auch in abgeschwächter Form. Auf einer Pressekonzferenz im Anschluss an die Sitzung des Nationalen Volkskongresses wurde er von einem Reporter der Associated Press nach der Reaktion der Regierung auf den Brief des Militärarztes gefragt. Wen antwortete ausweichend, verteidigte aber das Vorgehen der Partei gegen „die schwerwiegenden politischen Unruhen Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre“, da auf diese Weise die „politische und soziale Stabilität“ und die „Einheit der Partei“ gewahrt worden seien. Dadurch, dass die Partei „unerschütterlich“ an den seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode Ende der siebziger Jahre verabschiedeten Politikrichtlinien festgehalten habe, habe die Situation erfolgreich stabilisiert werden und das Land in den seither vergangenen 15 Jahren enorme Erfolge erzielen können, so Wen.

Wenn auch derzeit nicht mit einer offiziellen Neubewertung der Protestbewegung zu rechnen ist, so sind viele Kommentatoren für die Zukunft ein wenig optimistischer. Falls die Partei eines Tages genuine politische Reformen einleiten werde, sei es denkbar, dass auch die Demonstranten von 1989 als patriotisch eingestuft würden. Eher unwahrscheinlich sei jedoch, dass die politische Führung die militärische Niederschlagung als Fehler bezeichne. Eine Partei, die sich als unfehlbar ansieht, werde eine Verfehlung solchen Ausmaßes niemals offiziell eingestehen, bemerken Beobachter.

Unterdessen wurde der an den Protesten von 1989 beteiligte Dissident und Mitbegründer der verbotenen „Demokratischen Partei Chinas“ Wang Youcai Anfang März vorzeitig aus der Haft entlassen und ist in die USA ausgewandert. Der 37-jährige Physiker war nach den Studentenprotesten im Jahre 1990 zu einem Jahr sowie 1998 aufgrund seiner Rolle bei der Parteigründung zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Amerikanische Politiker hatten sich für die Frei-

lassung des erkrankten Wang eingesetzt. (Die Originalversion des Briefes von Jiang Yanyong ist zu lesen unter <http://www.89-64.org/disp.asp?Id=9268>, eine deutsche Übersetzung findet sich unter <http://www.xiucai.oai.de/XiuCai/XiuCaiNo27>; IHT, 4., 11.3.04; ST, 5., 9., 12., 20.3.04; HB, 9.3.04; WSJ, 9., 12., 14.3.04; FAZ, 11.3.04; SCMP, 15.3.04) -bk-

8 Jahrestagung des NVK: Regierungsbericht von Wen Jiabao

Vom 5. bis zum 14. März tagte in der Hauptstadt die 2. Plenarsitzung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK), an der knapp 3.000 Delegierte aus allen Landesteilen teilnahmen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung bildeten die Verabschiedung von Verfassungsänderungen sowie die Entgegennahme des Regierungsberichts von Ministerpräsident Wen Jiabao. Darüber hinaus legten der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wu Bangguo, sowie die Staatliche Entwicklungsplanungskommission, das Finanzministerium, der Oberste Volksgerichtshof und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft ihre Arbeitsberichte vor. Der zentralen Thematik der diesjährigen NVK-Tagung, die Revision der Verfassung, widmet sich ein ausführlicher Beitrag im hinteren Teil des Heftes.

Wen Jiabao präsentierte den Bericht über die Regierungsarbeit zum Auftakt der NVK-Sitzung am 5. März in der „Großen Halle des Volkes“. Der Report besteht aus drei Teilen, die sich mit einem Rückblick auf die Regierungsarbeit des vergangenen Jahres, den Aufgaben der Zentralregierung für 2004 sowie der Aufzählung von Maßnahmen für eine verbesserte Regierungsarbeit beschäftigen. Wie erwartet brachte die von wirtschafts- und sozialpolitischen Themen dominierte Rede keine großen Überraschungen. Allerdings verdeutlichen die Ausführungen von Wen eine Verlagerung der wirtschaftspolitischen Prioritäten: Anstelle eines Wachstums um jeden Preis stehen nun eine nachhaltige Entwicklung, der Ausgleich und Abbau von Konfliktpotenzialen und regionalen Disparitäten sowie soziale Leistungen im Mittelpunkt. So bildeten die

Förderung der Landwirtschaft sowie die Verbesserung der Beschäftigungspolitik thematische Schwerpunkte des Reports. Im Nachfolgenden wird vor allem auf die innenpolitisch relevanten Themen der Rede des Regierungschefs eingegangen. Ausführungen zu den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten finden sich in diversen Übersichten der jeweiligen Rubriken in der vorliegenden Ausgabe.

Der Ministerpräsidenten erinnerte in seiner knapp zweistündigen Rede zunächst an die Erfolge der bisherigen Arbeit seiner Regierung, die nun über ein Jahr im Amt ist. Wen Jiabao hob vor allem den siegreichen Kampf gegen die Lungenseuche SARS sowie zahlreiche wirtschaftliche und soziale Leistungen hervor. Die Zentralregierung habe zudem institutionelle Erneuerungen vorangetrieben und signifikante Fortschritte in Bezug auf die Reform- und Öffnungspolitik des Landes erreicht. So seien die Restrukturierungsmaßnahmen des Staatsrats auf Basis der Beschlüsse der konstitutionellen Sitzung des X. NVK im letzten Jahr erfolgreich durchgeführt worden. Beachtliche Leistungen seien zudem hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung und der Verbesserung des Rechtssystems zu verzeichnen.

Trotz dieser zahlreichen Erfolgsmeldungen ist sich die Regierung jedoch durchaus der weiter bestehenden vielfältigen Probleme bewusst. Dazu zählt der Ministerpräsident unter anderem die langsame Erhöhung der ländlichen Einkommen, die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Sozialabsicherungen, die unausgeglichene Entwicklung zwischen den verschiedenen Regionen des Landes, die extremen Einkommensunterschiede sowie die Belastung auf Ressourcen und Umwelt. Die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren habe auch dazu geführt, dass einige Investment-Projekte von unnötig großem Ausmaß sowie diverse Bauprojekte überflüssig und unzulänglich gewesen seien, so Wen. Er beklagte zudem, dass manche Industrien und Regionen ohne angemessene Vorausplanung Investitionen getätigt hätten. Diese Äußerungen werteten nicht wenige Beobachter der NVK-Tagung als unterschwellige Kritik am Entwicklungskurs der Vorgängerregierung.

Im zweiten Teil seines Reports widmete sich der Ministerpräsident den Hauptaufgaben der Regierung im laufenden Jahr, das Wen als „entscheidendes Jahr für Chinas weitere Reform und Entwicklung“ bezeichnete. Er verkündete, dass die Regierung mit einem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ (*keixue fazhan guan*) ein besseres Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt anstrebe (vgl. entsprechende Übersicht in der Rubrik „Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur“).

Höchste Priorität für die Arbeit des Staatsrats räumte der Ministerpräsident der Landwirtschaft ein. Sie bilde „die Grundlage für die nationale Wirtschaft“ und müsse „konsolidiert und gestärkt“ werden, sagte Wen. So sollen 2004 deutlich mehr Mittel in den ländlichen Raum fließen, um die ländlichen Einkommen und die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen sowie die Steuerbürde der Landbewohner abzubauen. Wichtig sei es zudem, die wirtschaftliche Entwicklung in den strukturschwachen Regionen des Landes voranzutreiben. Die Regierung werde die Entwicklung der West- und Zentralprovinzen weiter stützen sowie die nordostchinesischen Provinzen und andere alte Industriebasen revitalisieren. Auch die Entwicklung der Ostregionen solle weiter ausgebaut werden, um auf diese Weise die Unterstützung für die Maßnahmen in den strukturschwachen Regionen zu erhöhen.

Darüber hinaus sicherte Wen Jiabao zu, dass er sich entschiedener für die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die rechtzeitige und vollumfängliche Auszahlung der Gehälter ländlicher Wanderarbeiter und die Beseitigung der Rechtsverletzungen im Zuge von Umsiedlungen und Expropriation einsetzen werde. Der Regierungschef sprach damit Probleme an, die in den letzten Jahren immer wieder zu Unmut bei großen Teilen der Bevölkerung geführt und vermehrt Unruhen nach sich gezogen hatten.

Als weitere wichtige Aspekte für die Regierungsarbeit in diesem Jahr nannte Wen die Wahrung der öffentlichen Ordnung sowie der nationalen Sicherheit. Dafür müsse unter anderem die Modernisierung der Streitkräfte

vorangetrieben werden. So sei geplant, die Truppen um weitere 200.000 Mann zu reduzieren sowie die Entwicklung von neuen und technologisch fortgeschrittenen Waffensystemen fortzuführen. Der Kampf gegen Terrorismus, „kultische Gruppen“ (*xiejiao zu zhi*) und Kriminalität solle intensiviert werden, äußerte der Regierungschef. In diesem Zusammenhang wolle die Regierung die Finanzierungsmechanismen für Organe der öffentlichen Sicherheit, Justiz und Staatsanwaltschaft optimieren, um deren reibungslose Arbeit zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund der hohen Anzahl von Unglücken und Arbeitsunfällen in den letzten Monaten, gelobte der Regierungschef sich auch dieser Problematik unter anderem durch eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz verstärkt zu widmen.

Das Thema politischer Reformen schnitt Wen im zweiten Teil seiner Rede nur kurz an. Die Zentralregierung werde „die Reform des politischen Systems und die sozialistische Demokratie weiter vorantreiben“, versprach er. Seine Erläuterungen zu diesem Punkt blieben jedoch recht vage. Er führte lediglich aus, dass die „Demokratie an der Basis“ ausgeweitet und die Selbstverwaltung dörflicher und städtischer Bewohner verbessert werden sollen. Wen betonte, dass die Regierung „die demokratischen Rechte der Basiseinheiten und der Massen respektiert“. Auch in Unternehmen und Institutionen solle das „demokratische Management“ verbessert sowie die Rechte und Interessen der Arbeiter geschützt werden. Überdies kündigte der Ministerpräsident an, das Rechtssystem sowie die Qualität der Gesetzgebung weiter zu stärken.

Im dritten und letzten Teil seines Regierungsberichts, der eine Art Appell für die Verbesserung der Regierungsarbeit darstellt, ging Wen weiter auf politische Reformansätze ein. Er plädierte für eine fortgeführte institutionelle Anpassung der Regierungsgorgane an die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Überdies solle die Zentralregierung bei der politischen Entscheidungsfindung „wissenschaftlichen und demokratischen“ Kriterien folgen. Um dies zu erreichen, wolle man die Mechanismen zur Einbeziehung der öffentlichen Meinung in

die Entscheidungsfindung weiter ausbauen. Alle wichtigen politischen Beschlüsse müssten „durch kollektive Debatten auf der Basis intensiver Forschungen“ getroffen werden. Die Konsultation von Experten sei dabei ebenso wichtig, wie die Informierung der Öffentlichkeit und die Durchführung öffentlicher Anhörungen.

Des Weiteren hob der Ministerpräsident hervor, dass die gesamte Regierungsarbeit im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und unter der Kontrolle des NVK, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und der Öffentlichkeit stehen müsse. Die Zentralregierung müsse „die Überwachung der Medien und der gesellschaftlichen Massenorganisationen akzeptieren“. Um eine solche Kontrolle zu ermöglichen, plane man die Etablierung eines Systems, das darauf abzielt, die Öffentlichkeit über die Regierungsarbeit zu informieren. Die Regierungsarbeit müsse transparenter werden, betonte Wen.

Um die Effizienz und Qualität der Regierungsarbeit zu steigern sei es außerdem wichtig, den Arbeitsstil und die Befähigung der Regierungsbeamten zu verbessern. Wichtige Eigenschaften seien politische Zuverlässigkeit, Professionalität und Ehrlichkeit. Zum wiederholten Male bekräftigte Wen an dieser Stelle, dass die Zentralregierung ihren Kampf gegen die Korruption entschieden fortsetzen werde.

Den Abschluss der Rede des Regierungschefs bildeten Bemerkungen zur Außenpolitik, den Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau sowie Taiwan. Wen prangerte die internationale Tendenz zum Unilateralismus sowie das wachsende Nord-Süd-Gefälle an. China werde auch zukünftig an einer neuen und gerechteren internationalen Ordnung arbeiten und sich aktiv in der multilateralen Diplomatie einsetzen. In den Vereinten Nationen und anderen internationalen und regionalen Organisationen werde das Land eine konstruktive Rolle spielen sowie freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarländern pflegen.

Mit Blick auf Hongkong und Macau äußerte Wen, dass die „Wahrung von Wohlstand und Stabilität“ in den beiden Sonderverwaltungsregionen die

oberste Priorität für die Zentralregierung darstelle. Er sicherte beiden Administrationen volle Unterstützung dafür zu. Beijing werde immer in strikter Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der beiden Territorien handeln, so der Ministerpräsident. Auch hinsichtlich Taiwan, wo diesen Monat Präsidentschaftswahlen stattfanden, schlug Wen moderate Töne an. China strebe eine friedliche Wiedervereinigung auf der Grundlage der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ an und wolle die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Insel und dem Festland weiter ausbauen. Der Regierungschef stellte jedoch abermals klar heraus, dass die Volksrepublik ein Loslösen der Insel von China niemals zulassen werde.

Der Regierungsbericht des Ministerpräsidenten und die diesjährige NVK-Tagung im Allgemeinen haben zwar programmatisch keine Überraschungen gebracht; allerdings gab es einige Entwicklungen, die durchaus erwähnenswert sind. Zum einen vermittelte die NVK-Sitzung das Bild einer zunehmend selbstsichereren pragmatischen Führung, die inzwischen aus dem Schatten ihrer Vorgänger heraustreten und eigene Akzente setzen konnte. Zweifelsfrei verfügt die „alte Garde“, vor allem in Gestalt des ehemaligen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin, der auch heute noch das mächtige Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission innehat, weiterhin über großen Einfluss. Nichtsdestotrotz ist es Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao gelungen, die Grundlage für Politikrichtlinien zu legen, die trotz weitgehender politischer Kontinuität über die ihrer Amtsvorgänger hinausgehen. Dies verdeutlicht insbesondere die Verlagerung der sozioökonomischen Prioritäten, womit die neue Führung gezeigt hat, dass sie sich der vielen sozialen Brennpunkte und des dringenden Handlungsbedarfs ganz klar bewusst ist.

Die auf der Jahrestagung von Wen Jiabao verkündeten Maßnahmen zur Reform des politischen Systems gingen erwartungsgemäß nicht über Altbekanntes hinaus. Einige Fortschritte wie beispielsweise auf den Gebieten der Verbesserung des Rechtssystems oder der Ausweitung der Selbstverwaltungsrechte städtischer und länd-

licher Bewohner sind inzwischen bereits zu verzeichnen. Die verschärften Restriktionsmaßnahmen beispielsweise im Medienbereich in jüngster Zeit lassen jedoch von der bereits im letzten Jahr verkündeten Absicht, die Regierungsarbeit verstärkt der Kontrolle der Öffentlichkeit zu unterziehen, nichts erkennen. Es bleibt daher weiterhin abzuwarten, ob und inwieweit die parteistaatliche Führung diese Absichtserklärungen in der Zukunft in die Tat umsetzen wird. Dass sie auch den nötigen Willen dazu haben könnte, lassen die Ausführungen von Wen Jiabao zu dieser Thematik auf der nach Beendigung der NVK-Tagung durchgeführten Pressekonferenz vermuten. Wen äußerte auf der live im staatlichen Fernsehen übertragenen Konferenz vor den Journalisten, dass „ohne den Erfolg der politischen Reformmaßnahmen auch die wirtschaftlichen Reformen nicht erfolgreich sein können“. Er fuhr fort, dass die Schaffung eines Systems zur „wissenschaftlichen und demokratischen politischen Entscheidungsfindung“, die strenge Einhaltung rechtsstaatlicher Normen sowie die Überwachung der Regierungsarbeit durch den NVK, die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und die Öffentlichkeit die drei Ziele gewesen seien, die er vom ersten Tag seiner Amtszeit an erreichen wolle.

Bemerkenswert ist ferner, dass die diesjährige NVK-Sitzung hinter den Kulissen choreographierter Harmonie mehr als in den vergangenen Jahren als Plattform für Debatten und Lobbying zu dienen schien – wenn auch weiterhin in eingeschränktem Maße. Beobachter sprechen davon, dass es zunehmend sichtbare Bemühungen von Delegierten gab, für die Interessen ihrer Heimatprovinzen in der Hauptstadt zu werben und sich für die Belange ihrer „Wählerschaft“ einzusetzen. So wurden die Arbeitsberichte der Obersten Volksstaatsanwaltschaft und des Obersten Volksgerichtshofs mit ungewöhnlich hohen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet. Letzteren segneten zwar 2.082 Abgeordnete ab, 586 Delegierte stimmten jedoch dagegen und 228 enthielten sich. Kommentatoren vermuten dahinter die in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschende Unzufriedenheit mit dem als zu lang-

sam empfundenen Tempo der Korruptionsbekämpfung und der Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen. (XNA, 2.6.04; WSJ, 3., 15.3.04; FT, 4.3.04; Xinhua, 4.3.04; ZXS, 4.3.04; CD online, 5.3.04; China Central TV-1, 5., 14.3.04, nach BBC PF, 6., 17.3.04; IHT, 5., 9.3.04; NZZ, 6./7.3.04; HB, 5., 8.3.04; SCMP, 11., 15.3.04; RMRB, 15., 17.3.04) -bk-

9 Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz

Parallel zur Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) fand wie in jedem Jahr die Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV) statt. Die Plenarsitzung der sich aus Vertretern der „demokratischen Parteien“, den Massenorganisationen und anderer Gruppierungen der kommunistischen Einheitsfront zusammensetzenden „zweiten Kammer“ mit reinen Beratungsfunktionen dauerte vom 3. bis 12. März.

Wie üblich spiegelten die Tagesordnungspunkte der Tagung die Agenda der NVK-Tagung wider, was nicht nur die Diskussionsgegenstände, sondern in diesem Jahr auch statutorische Veränderungen betraf. So wurde in Anlehnung an die vom NVK verabschiedeten Verfassungsänderungen (vgl. dazu ausführlich den Beitrag im hinteren Teil dieses Heftes) eine Änderung der Satzung der PKCV vorgenommen, der fünften Satzungsänderung seit 1954.

Eingang in die PKCV-Satzung fanden an erster Stelle die an der Präambel der Verfassung vorgenommenen Änderungen. So finden sich die Formeln der „Dreifachen Repräsentation“, des Einschlusses „aller am Aufbau des Sozialismus Beteiligten“ in die Einheitsfront sowie der „politischen Zivilisation“ nun auch in den „Allgemeinen Grundsätzen“ des Statuts der Konsultativkonferenz. Ferner wurde in Korrespondenz zur Revision des Artikels 11 der Verfassung die Forderung nach einer aktiven „Ermutigung und Unterstützung“ der Privatwirtschaft in die PKCV-Satzung aufgenommen (Art. 4). Weiter fanden verschiedene programmatische Schwerpunkte der seit dem XVI. Parteitag im Herbst 2002 formulierten parteistaat-

lichen Politik Eingang in die Satzung, so etwa die jüngste Initiative der Führung zur Förderung von Humankapital (Art. 12), sowie verschiedene geringfügige technische Änderungen am organisatorischen Aufbau und institutionellen Prozedere des Systems der PKCV.

Abgesehen von diesen erwartbaren Satzungsänderungen wurde schließlich auch ein Passus zur Religionsfreiheit in das Statut der PKCV aufgenommen. Artikel 14 der Satzung lautet damit nunmehr: „Der nationale Ausschuss der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und deren lokale Ausschüsse propagandieren und assistieren dem Staat bei der Umsetzung seiner Politik der Religions- und Glaubensfreiheit. [...] Sie leiten die Religionen an, sich dem Sozialismus anzupassen, und sie vereinen patriotische Persönlichkeiten und Gläubige aus dem Bereich der Religion zu einer Kraft, die zum Aufbau und zur Vereinigung des Vaterlandes beiträgt.“

Mit diesen Formulierungen nimmt die PKCV-Satzung zentrale Konzepte der offiziellen Religionspolitik auf, wie sie anlässlich einer nationalen Konferenz zur Religionsarbeit vom Dezember 2001 autorisiert wurden (vgl. C.a., 2001/12, Ü 12). Wie den Ausführungen Jiang Zemin und anderer parteipolitischer Vertreter auf der damaligen Konferenz zu entnehmen war, stellt die Politik der Religionsfreiheit, die seit Jahrzehnten auch in der Verfassung des Landes verankert ist (Artikel 36 der Verfassung), keineswegs einen realen Politikwechsel hin zu einem liberalen Umgang mit den verschiedenen religiösen Gemeinschaften in China dar. Vielmehr gelte es, angesichts der gegenwärtigen in- und ausländischen Situation die Führungsrolle der Partei gegenüber der Religion als auch die Verwaltung religiöser Angelegenheiten durch die Regierung zu verstärken.

Der zentrale Passus der jüngsten Satzungsänderung dürfte in der Formulierung zu finden sein, wonach die Religionen gehalten sind, sich „dem Sozialismus anzupassen“. Auch sie lehnt sich an die Ergebnisse der nationalen Konferenz zur Religionsarbeit vom Dezember 2001 an, wo argumentiert wurde, dass die Religion in der Volks-

CHINA aktuell

republik China, welche sich ja erst im Anfangsstadium des Sozialismus befinde, noch für lange Zeit fortbestehen würde. Daher sei es weder angebracht, die Religion mit administrativen Mitteln abzuschaffen, noch, sie mit administrativen Mitteln zu fördern. Vielmehr gelte es, die wechselseitige Anpassung von Religion und Sozialismus sowie die gegenseitige Ergänzung der Stärken der beiden aktiv voranzutreiben. Dies heiße keineswegs, dass religiöse Vertreter und Gläubige ihren Glauben aufgeben sollten – man fordere von ihnen allerdings Patriotismus, die Unterstützung des sozialistischen Systems und der Führung der Partei, Gesetzestreue und politischen Gehorsam sowie Respekt vor der nationalen Einheit. Die jüngste Änderung des Artikels 14 der PKCV-Satzung signalisiert damit, dass das Verhältnis zwischen Staat und Religion auch im China des beginnenden 21. Jahrhunderts durch die Dominanz des Partei Staates über die verschiedenen religiösen Gemeinschaften gekennzeichnet ist. (RMRB, 3.3.04; Xinhua, 3., 12., 13.3.04, nach BBC PF, 4., 13., 14.3.04; XNA, 2., 7.3.04; SCMP, 13.3.04; die revidierte Fassung der PKCV-Satzung findet sich in Xinhua, 16.3.04, nach BBC PF, 19.3.04) -hol-

10 Staatsrat will irreguläre Sitzungen abschaffen

Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete Anfang März, dass irreguläre Arbeitstreffen von Mitgliedern des Staatsrats abgeschafft werden. Auf diese Weise solle gesichert werden, dass der Prozess der Entscheidungsfindung im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen stattfindet.

Bindende Entscheidungen sollen von nun an ausschließlich auf den Sitzungen der Ständigen Staatsratskonferenz oder auf Plenarsitzungen getroffen werden. An den Treffen der Ständigen Staatsratskonferenz nehmen laut Verfassung der Ministerpräsident, die stellvertretenden Ministerpräsidenten, die Staatsratskommissare und der Generalsekretär des Staatsrats teil. Dieses so genannte „Innere Kabinett“ gilt als das höchste Führungsorgan der Zentralregierung. Den Plenarsitzungen hingegen wohnen alle Staatsratsmitglieder im Ministerrang und höher

bei. Beide Sitzungen werden vom Ministerpräsidenten einberufen und geleitet.

Laut Xinhua seien die informellen Treffen einiger Staatsratsmitglieder insbesondere in der Vergangenheit von zentraler Bedeutung gewesen, da sie den Arbeitsbedürfnissen des Staatsrats entsprachen. Ursprünglich seien sie durchgeführt worden, um die Kommunikation mit dem Ministerpräsidenten zu verbessern. Erst später dienten sie auch der politischen Entscheidungsfindung, so Professor Wang Yukai von der Staatlichen Hochschule für Verwaltung. Bereits im letzten Jahr habe Wen Jiabao in einer Rede vor der Hochschule geäußert, die Arbeitsprozesse des Staatsrats verbessern und sie wissenschaftlicher, demokratischer und juristischer gestalten zu wollen. Mit der jetzigen Abschaffung der irregulären Sitzungen sei die Regierung diesem Ziel ein Schritt näher gerückt, äußerte Wang.

Auch nach Einschätzung des Dekans der Fakultät für Management der Volks-Universität in Beijing, Mao Shoulong, ziele die Maßnahme darauf ab, die Funktion der Sitzungen der Ständigen Staatsratskonferenz zu stärken. Zudem spiegelt der Entschluss die stärkere Betonung rechtsstaatlicher Normen durch die Regierung wider, so Mao. Offensichtlich ist zudem, dass die jüngste Entscheidung der Zentralregierung ihr sorgsam gepflegtes Image, für mehr Transparenz und Offenheit einzutreten, untermauern soll. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der neue Beschluss auch in die Tat umgesetzt wird. (XNA, 7.3.04) -bk-

11 Staatliche Kontrolle des Internets verstärkt

Die parteistaatliche Führung hat ihre Kontrolle über die Internetnutzung durch verschiedene Maßnahmen weiter intensiviert. Bereits im Februar beschloss die Zentralregierung, bis August alle Internet-Cafés des Landes zu überprüfen. Auf diese Weise solle gesichert werden, dass Minderjährigen der Zutritt zu den Cafés sowie der Zugang zu „schädlichen Informationen“ im Internet verwehrt werden. Bei Verstoß gegen diese Regelungen drohen den Betreibern hohe Strafen. Internet-

Cafés ohne Lizenz sollen geschlossen werden.

Darüber hinaus ordnete das Staatliche Verwaltungsamt für Industrie und Handel diesen Monat alle lokalen Regierungen an, keine Neuzulassungen von Internet-Cafés in Wohngebieten oder im Umkreis von 200 Metern von Schulen zu genehmigen. Gegenwärtig gestatteten in China viele, insbesondere ohne Lizenz betriebene Internet-Cafés Jugendlichen Eintritt und förderten die Verbreitung „ungesunder Informationen“. Die Cafés schädigten auf diese Weise „die seelische Gesundheit der Teenager“ und beeinträchtigten den Schulunterricht, was bereits einen vehementen öffentlichen Aufschrei hervorgerufen habe, ließ das Verwaltungsamt verlauten.

Tatsächlich bilden Minderjährige einen nicht unerheblichen Anteil der Nutzer chinesischer Internet-Cafés, in denen sich viele von ihnen mit gewaltverherrlichenden Computerspielen beschäftigen. Es ist jedoch zu vermuten, dass auch diese jüngsten Maßnahmen nicht ausschließlich darauf abzielen, Minderjährige zu schützen, sondern insgesamt die Kontrolle über das Internet weiter stärken sollen, denn viele der rund 80 Millionen Nutzer dieses Mediums sind auf Internet-Cafés angewiesen, da sie sich keinen eigenen Computer leisten können. Bereits im letzten Jahr hatte die Zentralregierung die Betreiber der Einrichtungen dazu verpflichtet, eine Software zu installieren, die verbotene Inhalte blockiert. Zudem wurde im vorigen Herbst bekannt, dass die Regierung plant, den Wirtschaftszweig zu standardisieren und zu regulieren, indem sie alle Internet-Cafés unter die Kontrolle einiger weniger staatlich überwachter Unternehmen bringt. Im Zuge dessen wurden allein in der Provinz Shandong im letzten Jahr über 3.000 „illegale“ Einrichtungen geschlossen, meldete Xinhua Anfang März. Die Anzahl der Internet-Cafés in der ostchinesischen Provinz habe sich von über 10.000 im Jahre 2002 auf gegenwärtig 7.000 reduziert.

Diese Maßnahmen und das harte Vorgehen der Regierung gegen Internet-Aktivisten (vgl. C.a., 2003/12, Ü 10; 2004/1, Ü 12) zeugen auch von der zunehmenden Sorge der parteistaatlichen Führung über die Fähigkeit des

Internets, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dass sich das Internet in China inzwischen so weit durchgesetzt hat, dass eine spezifische Öffentlichkeit nicht mehr ignoriert werden kann, zeigt das Beispiel des so genannten „BMW-Vorfalls“. Im Oktober letzten Jahres hatte in der nordostchinesischen Stadt Harbin (Provinz Heilongjiang) ein Bauernwagen den BMW einer reichen Chinesin gestreift, woraufhin diese wutentbrannt in eine Menschenansammlung raste. Eine Bäuerin kam dabei ums Leben und zwölf weitere Menschen wurden verletzt. Zwei Monate später verurteilte ein Bezirksgericht die Fahrerin lediglich zu zwei Jahren Haft, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Außergerichtlich einigte man sich auf eine Summe von 80.000 RMB für die Hinterbliebenen. Während die Zeitungen auf Anweisung der Stadtverwaltung nicht über den Fall berichteten, brüskierten sich mehrere Augenzeugen, die der Verhandlung beigewohnt hatten, im Internet über die milde Strafe. Die darauf folgenden wütenden Proteste landesweiter Internetnutzer wurden durch Gerüchte, die BMW-Fahrerin sei die Verwandte einer hohen Funktionärin der Provinz, weiter angeheizt. Unter dem Druck der Öffentlichkeit ordneten die Behörden schließlich an, den Fall neu aufzurollen.

Nach Meinung von Beobachtern habe dieser Vorfall dazu geführt, dass die Regierung die Überwachung von Diskussionsforen im Internet verschärft habe. Ende Januar soll die parteistaatliche Führung verfügt haben, dass künftig nicht mehr über den BMW-Vorfall im Internet diskutiert wird. So habe Sina.com, neben Sohu und Net-ease eines der drei großen chinesischen Internetportale, alle einschlägigen Seiten löschen müssen. Ende Februar bewirkte die Regierung dann die Schließung von weiteren Chatrooms und intensivierte das Filtern von Online-Nachrichten sowie Mitteilungen politischen Inhalts. Nach Information des *Handelsblatt* wurden auch ausländische Internetseiten vermehrt gesperrt. Hierzu gehörten nicht nur die Informationsseiten der Deutschen Welle, sondern auch die chinesische Version des *Wall Street Journal*.

Zwar ist die Verstärkung der Medienüberwachung im Vorfeld der Sitzung des Nationalen Volkskongresses in der

Hauptstadt inzwischen schon zu einem jährlichen Ritual geworden, um abweichenden Meinungen die Plattform zu entziehen; allerdings gehen die jüngsten Restriktionen im Internet mit einer Reihe neuer Bestimmungen einher, die die Möglichkeiten von Individuen, politisch brisante Äußerungen zu veröffentlichen, weiter einschränken. Danach ist es beispielsweise verboten, auf Internetseiten Nachrichtenforen über Themen einzurichten, die noch nicht von staatlich betriebenen Medien wie der Nachrichtenagentur Xinhua oder der *Volkszeitung* abgedeckt worden sind. Die so genannten News Groups werden seit der Anfangszeit der SARS-Krise, während der sie für viele Bürger zur Hauptinformationsquelle wurden, sowohl als Quelle für schnelle und exklusive Informationen als auch als Plattform für den Meinungsaustausch zu verschiedenen Themen angesehen. Es sind vor allem diese Nachrichtenforen, die großen Providern, die ein hohes Anzeigenaufkommen für das finanzielle Überleben benötigen, hohe Zugriffszahlen sichern.

Nach Auffassung einiger Kommentatoren habe die Regierung diese Foren bisher teilweise sogar billigend geduldet, da sie den Menschen die Möglichkeit geben, ihrem Unmut beispielsweise gegenüber Ländern wie den Vereinigten Staaten oder Japan „Luft zu machen“, ohne dass dadurch die ausländischen Investitionen aus diesen Staaten beeinträchtigt wurden. Auch daher ist anzunehmen, dass die restriktive Unterdrückung der Nachrichtenforen nicht von langer Dauer sein wird. Die Eigendynamik, die das Internet mittlerweile entwickelt hat, wird ihren Teil dazu beitragen. Dennoch, die jüngsten Maßnahmen geben Anlass zur Sorge und bestätigen aufs Neue, dass auch die neue Führung nicht gewillt ist, ihre umfassende Kontrolle über die Gesellschaft wirklich zu lockern. (FAZ, 30.1.04; *The Economist*, 31.1.04; XNA, 20.2., 6., 24.3.04; *Asia Times* online, 4.3.04; HB, 19.3.04; WSJ, 19.3.04) -bk-

12 Journalisten zu hohen Haftstrafen verurteilt

Zwei ehemalige Führungskräfte der Tageszeitung *Southern Metropolitan*

Daily (Nanfang Dushi Bao) sind von einem Gericht im südchinesischen Guangzhou (Provinz Guangdong) zu beträchtlichen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Der einstige General Manager der Tageszeitung, Yu Hua-feng, erhielt wegen angeblicher Veruntreuung von Geldern eine Haftstrafe von 12 Jahren; einen ehemaligen Chefredakteur, Li Minying, befand das Gericht der Annahme von Bestechungsgeldern für schuldig und verurteilte ihn zu 11 Jahren Haft. Ein weiterer Chefredakteur der Zeitung, Cheng Yizhong, wurde in der zweiten Monatshälfte von der Polizei ebenfalls unter Korruptionsvorwürfen in Guangzhou festgenommen.

Die *Southern Metropolitan Daily*, die zur Nanfang Verlagsgruppe gehört, zählt zu den Zeitungen mit der lebendigsten Berichterstattung in China. Große Aufmerksamkeit hat sie durch Reportagen über soziale Missstände und Korruptionsfälle auf sich gezogen. Beispielsweise berichtete die Tageszeitung im letzten Jahr ausführlich über das Schicksal des Arbeitsmigranten Sun Zhigang aus Wuhan, der in einem Internierungslager in Guangzhou zu Tode geprügelt worden war. Der Fall rief landesweite Empörung hervor und bewirkte letztendlich, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden und die Regierung die Vollmachten der Polizei im Umgang mit Migranten und Obdachlosen einschränkte (vgl. C.a., 2003/6, Ü 9).

Darüber hinaus informierte die *Southern Metropolitan Daily* im letzten Jahr trotz Verhinderungsversuche der lokalen Behörden ausführlich über den Ausbruch der Lungenseuche SARS. So berichtete sie auch als erstes Medium über das erneute Auftreten der Krankheit in Guangzhou nach ihrer Eindämmung im Sommer 2003. Die lokalen Behörden sahen sich dadurch gezwungen, den ersten neuen SARS-Fall offiziell zu bestätigen. Von der Zentralregierung sei zuvor jedoch angeordnet worden, dass Neuerkrankungen als Erstes vom Gesundheitsministerium gemeldet werden sollten – eine Anweisung, die die *Southern Metropolitan Daily* nicht befolgte. Kurz nach diesem Vorfall startete die örtliche Polizei Anfang Januar eine groß angelegte Untersuchung von Mitarbeitern der Zeitung wegen Korruptionsverdachts.

Vor diesem Hintergrund vermuten viele Kommentatoren, dass das Vorgehen der Behörden gegen Führungskräfte der Tageszeitung politisch motiviert sei. Zwar seien finanzielle Verfehlungen und Korruption in vielen chinesischen Medienorganisationen weit verbreitet, allerdings führten lokale Behörden Untersuchungen häufig nur bei Zeitungen durch, die sich den offiziellen Anordnungen der Regierung zur Berichterstattung widersetzen. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen sehen in den jüngsten Verurteilungen ein neues Beispiel für die nach wie vor hohen Risiken chinesischer Journalisten, über politisch heikle Themen zu berichten.

Xu Zhiyong, der Anwalt des verurteilten Yu Huafeng, erklärte, dass es sich bei den angeblich veruntreuten Geldern seines Mandanten um rechtmäßige Bonuszahlungen handele. Xu wollte jedoch nicht bestätigen, dass die Strafverfolgung politischen Hintergrund habe.

Bereits Anfang März war eine ehemalige Chefredakteurin der Zeitung *Guangzhou Daily (Guangzhou Ribao)*, He Xiangqin, ebenfalls unter dem Vorwurf der Annahme von Bestechungsgeldern von einem Gericht in der Hauptstadt der Provinz Guangdong zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Auch in diesem Fall wird von Beobachtern der chinesischen Medienszene eine politische Motivation der lokalen Behörden nicht ausgeschlossen. (XNA, 9.3.04; FT, 22.3.04; ST, 11.3., 9.4.04; Arnold Zeitlin, „Provincial Politics and the Death of Free Media in China“, in: *China Brief*, vol. 4, issue 7, 1.4.04) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Nationaler Volkskongress: Regierung folgt neuem Entwicklungskonzept

Die chinesische Regierung hat auch die diesjährige Sitzung des Nationalen Volkskongresses genutzt, um ihr besonderes Engagement für die sozialen Probleme des Landes hervorzuheben.

Ministerpräsident Wen Jiabao wies in allen drei Teilen seines Regierungsberichtes – im Rückblick auf das vergangene Jahr, in der Aufzählung der Aufgaben für 2004 und bei seinem Appell für eine verbesserte Regierungsarbeit – auf Erfolge und Probleme in sozialen Fragen hin (zum Wortlaut siehe www.10thnpc.org.cn).

Im Rückblick auf das Jahr 2003 hob er vor allem die Erfolge im Kampf gegen SARS hervor. Die Regierung habe dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung höchste Priorität gegeben und unmittelbar Maßnahmen ergriffen. Weder hier noch im dritten Teil über die Verbesserung der Regierungsarbeit ging er allerdings auf das monatelange Verschweigen der ersten Krankheitsfälle ein, die nicht nur zur Verbreitung der Epidemie geführt, sondern auch dem Ansehen der Regierung im In- und Ausland geschadet hatten. Allenfalls indirekt machte er deutlich, dass man erkannt habe, aus dem Umgang mit SARS lernen zu wollen. So forderte er die schnelle Schaffung eines Reaktionsmechanismus in Notfällen sowie eine bessere Fähigkeit der Regierungen mit öffentlichen Krisen umzugehen. Auch sprach er sich dafür aus, dass die Regierungen eine Aufsicht durch die Massenmedien und die allgemeine Öffentlichkeit akzeptieren, die Bevölkerung mehr informieren und so die Transparenz der Regierungsarbeit erhöhen müssten. Als öffentliche Diener sollten Regierungsbeamte die Wahrheit sagen und keine Berichte fälschen.

SARS, so Wen, hatte die sozialen Probleme besonders deutlich gemacht, die das Ergebnis von Disparitäten in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind. Die Regierung habe daraufhin sofort reagiert und z.B. das öffentliche Gesundheitssystem durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel verbessert. Vor allem das ländliche Gesundheitswesen müsse gemeinsam mit den lokalen Regierungen ausgebaut werden. Das Gleiche gelte für das ländliche Bildungswesen.

Erfolge habe man auch im Beschäftigungsbereich erzielt; mit 8,59 Mio. neuen Anstellungen in den Städten und 4,4 Mio. wieder beschäftigten Arbeitskräften habe man mehr Jobs schaffen können als geplant. Vor allem habe man bei der Arbeitsplatzsu-

che von Hochschulabsolventen geholfen, die 2003 besonders viele waren, da es sich um den ersten Absolventenjahrgang nach der Ausweitung der Einschreibungen von 1999 gehandelt hat. Ende 2003 hatten immerhin 83% von ihnen eine Anstellung gefunden, 600.000 mehr als im Vorjahr.

Groß sei auch das Engagement der Regierung bei der Bekämpfung städtischer und ländlicher Armut gewesen. Sozialhilfezahlungen für städtische Arme seien von 4,6 Mrd. Yuan im Jahr 2002 auf 9,2 Mrd. Yuan gestiegen.

Trotz der genannten Erfolge, gestand Wen ein, seien die Menschen aber in einigen Bereichen noch unzufrieden und es werde noch eine lange Zeit dauern, bis auch die tief sitzenden Probleme beseitigt seien. „Das Einkommen der Bauern erhöht sich langsam; die Aufgaben der Beschäftigung und der Sozialabsicherung sind schwer; die Entwicklung der verschiedenen Gebiete ist ungleichmäßig; das Einkommensgefälle zwischen einigen Mitgliedern der Gesellschaft ist zu groß; die Belastung der Ressourcen und der Umwelt vergrößert sich.“ Außerdem kämen durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum noch neue Probleme hinzu wie die weit verbreitete illegale Inanspruchnahme von Agrarland. „Die Entwicklung der sozialen Bereiche bleibt zurück, und die Beschwerden der Massen über die Schwierigkeiten beim Schulbesuch, beim Aufsuchen des Arztes usw. sind recht stark. Viele einkommensschwache Stadt- und Landbewohner haben noch recht große Schwierigkeiten in ihrem Leben. An einigen Orten kommt es häufig zu schwer wiegenden kriminellen Rechtsfällen. Schwere Unfälle ereignen sich in kürzeren Abständen und fügen den Volksmassen großen Verlust an Leben und Vermögen zu, was uns als eine äußerst einschneidende Lehre dient.“

Bei der weiteren Reform und Entwicklung sei das Jahr 2004 von entscheidender Bedeutung. Entwicklung habe weiter oberste Priorität, betonte Wen, führte dann aber ergänzend eine Reihe weiterer Grundsätze an, die deutlich machen, dass sich die chinesische Führung der Gefahren deutlich bewusst ist, die bei einer Vernachlässigung der sozialen Entwicklung drohen. So müsse man ein wissenschaftliches Konzept